

Warum deutsche Politiker bei Viola Amherd abschauen wollen

Auch Deutschland muss Milliarden hinblättern, um neue Kampffjets zu kaufen. Das Verteidigungsministerium sollte sich bei der Beschaffung am Schweizer Bundesrat orientieren, finden Berliner Liberale.

Sven Altermatt

Zu Hause muss sie viel Kritik einstecken: Seit Verteidigungsministerin Viola Amherd dem Bundesrat im Sommer beantragt hat, den amerikanischen Kampffjet F-35 zu kaufen, ist die Aufregung gross. Linke wollen per Volksinitiative ein anderes Flugzeug erzwingen. Ihnen behagt nicht, dass sich die Regierung für einen US-Jet entschieden hat. Zudem sei er zu teuer.

Amherd verteidigt den Typenentscheid bei jeder Gelegenheit. Immer wieder verweist sie auf das «umfangreiche Evaluationsverfahren». Sowohl technisch als auch finanziell habe der F-35 dort am besten abgeschnitten. Er weise den «höchsten Gesamtnutzen» und die «tiefsten Gesamtkosten» auf. Dass das Verteidigungsdepartement weitgehend transparent machte, welche Kriterien bei der Beschaffung massgeblich waren und wie der Jet in den Tests abschnitt, war ein Novum.

Politische Überlegungen seien in den Entscheid nicht eingeflossen. Entsprechenden Begehren, mit dem Kauf eines europäischen Jets bei den Nachbarn Goodwill zu schaffen, erteilte Amherd eine Absage. Solche wären nur bei zwei gleichwertigen Angeboten zum Zuge gekommen, erklärte sie.

Was im Inland auf Kritik stösst, wird im Ausland mit grossem Interesse beobachtet: Die deutsche FDP hält das Schweizer Beschaffungsverfahren sogar für so gut, dass sie es im eigenen Land abkupfern will. Das



In der Schweiz kritisiert, in Deutschland imitiert: Bundesrätin Viola Amherd. Bild: Marcel Bieri/Keystone

Vorgehen des Bundesrats ist ihrer Meinung nach «nicht nur vorbildlich, sondern auch bei milliardenschweren Rüstungsentscheidungen mit langfristigen Folgen rational nachvollziehbar». Das hält die Partei in einem parlamentarischen Vorstoss fest. Sie zählt bei der Bundestagswahl zu den Gewinnern und dürfte in Berlin bald mit am Kabinettstisch sitzen.

Derzeit beraten Sozialdemokraten, Liberale und Grüne über eine Koalition. Die nächste Regierung wird ein milliardenschweres Rüstungsprojekt erben: Deutschland muss seine altersschwachen Tornado-

Kampffjets ersetzen. Aufgegleist wurde die Beschaffung noch von der bisherigen Bundesregierung unter CDU-Kanzlerin Angela Merkel. Welches die Kriterien für den Kampffjet-Kauf sind und wie diese ausgewertet werden, ist nach Ansicht der FDP jedoch nicht transparent genug.

Nicht zu viel Politik bei der Beschaffung

Die Öffentlichkeit müsse den «fachlichen Vorschlag» für einen neuen Kampffjet «anhand konkreter Entscheidungskriterien» nachvollziehen können, fordert die Partei mit Verweis auf die Schweiz. Das Nachbar-

land habe eine umfassende und nachvollziehbare Evaluation durchgeführt, «um die zur Auswahl stehenden Kampfflugzeugmodelle auf Herz und Nieren zu testen», heisst es im FDP-Vorstoss weiter.

Erstaunlich ist allein schon der Umstand, dass deutsche Politiker bei der Verteidigungsministerin des kleinen Nachbarn abschauen wollen. Was ebenfalls bemerkenswert ist: Während hierzulande aktuell vor allem kritisiert wird, dass der Bundesrat beim Kampffjetkauf erst gar keinen politischen Spielraum zugelassen hat, steht die Debatte in Deutschland unter

umgekehrten Vorzeichen. Politikerinnen und Politiker wollen verhindern, dass die Beschaffung verpolitisiert wird. Die FDP befürchtet, beim Kauf der Jets könnte nicht die militärische Einsatzbereitschaft im Vordergrund stehen, sondern «politisch gesetzte Rahmenbedingungen». Konkret dürften die Interessen der Regierung nicht vor jene der Landessicherheit gestellt werden.

In Berlin soll es ähnlich laufen wie in Bern

Zu ihren Schweiz-Vorschlägen haben die Liberalen einen Katalog mit 38 Fragen an die abtretende Bundesregierung gerichtet. Die soeben veröffentlichten Antworten fallen dünn aus. So will sich die Regierung etwa nicht dazu äussern, welche Schlussfolgerungen sie aus dem Schweizer Beschaffungsverfahren zieht. Für eine eigene Bewertung lägen ihr «keine ausreichenden Informationen» vor.

Mehrfach versichert sie jedoch, dass es hinsichtlich Transparenz in Deutschland ähnlich laufen soll. Explizit ist die Rede von «vergleichbaren Verfahren». Es dürfte also auch an der FDP sein, solche in der neuen Regierung durchzusetzen.

Die scheidende deutsche Verteidigungsministerin Annette Kramp-Karrenbauer zumindest zeigte gegenüber der NZZ unlängst Verständnis für die Schweiz. Sie verstehe, dass der Bundesrat beim Kampffjetkauf einen technischen und nicht einen politischen Entscheid getroffen habe.

SP: Schweiz soll Sandoz kaufen

Medikamente Nachdem der Pharmakonzern Novartis bekannt gegeben hat, den Verkauf seiner Generikasparte Sandoz zu prüfen, will die SP den Bundesrat zum Handeln bewegen. Er soll Verhandlungen aufnehmen, um Sandoz zu erwerben, heisst es in einer Motion, die CH Media vorliegt. Diese werde voraussichtlich in der Wintersession eingereicht, sagte Juso-Präsidentin Ronja Jansen. Sie hat den Vorstoss zusammen mit Nationalrat Samuel Bendahan (SP/VD) ausgearbeitet, wie die «Sonntags-Zeitung» berichtete.

Der Bund soll das Pharmaunternehmen «direkt oder indirekt und eventuell zusammen mit Partnern» kaufen. Wichtig sei die wirtschaftliche Kontrolle durch den Bund. «Sandoz stellt heute 15 Medikamente her, welche die Symptome von Covid-19 mindern», sagt Jansen. Noch wichtiger sei die Rolle als einer der weltweit führenden Produzenten von Generika und Antibiotika. (abi)

Lotto

Schweizer Zahlenlotto
3, 12, 15, 25, 27, 41 Glückszahl: 5
Replay-Zahl: 12 Jokerzahl: 055 727
06.11.2021

Deutsches Zahlenlotto
6, 9, 27, 31, 41, 44 Super 6: 988 145
Superzahl: 9 Spiel 77: 8 002 487
06.11.2021

Österreichisches Zahlenlotto
2, 7, 13, 26, 29, 42 Zusatzzahl: 33
Joker: 263 128
07.11.2021

Euromillions
2, 12, 25, 30, 41 Sterne: 8, 11
2. Chance: 10, 18, 39, 42, 48
Super-Star: E 4 4 0 Y 05.11.2021
Alle Angaben ohne Gewähr

Bundesgeld bleibt liegen

96 Millionen stehen fürs Impfen bereit, nur 18 abgeholt.

Corona Die Impfwoche startet, doch das vom Bund bereitgestellte Geld bleibt liegen. Nur knapp 18 Millionen Franken haben die Kantone beim Bund beantragt, 96 Millionen stünden bereit. Impfwoche-Chef Michael Beer bestätigt gegenüber CH Media einen entsprechenden Bericht des «Sonntags-Blick». Er sagt aber, dass einige Kantone weitere Massnahmen nachgereicht hätten oder dies noch tun würden. «Unsere Erwartungen sind, dass die Kantone nochmals Gas geben und alle

Möglichkeiten ausschöpfen», sagt Beer. Allerdings zeigen sich besonders Kantone mit tiefer Impfquote zurückhaltend.

Sowohl die Beträge wie auch die Impfaktionen unterscheiden sich. Appenzell Ausserrrhoden will für seine Impfkampagne 65 000 Franken, 2,7 Franken pro Ungeimpften. Obwalden hat ebenfalls eine tiefe Impfquote, hat aber 310 000 Franken beantragt, 18 Franken pro Kopf. Der grösste Betrag fliesst mit 3,9 Millionen nach Bern, 10,7 Franken pro Ungeimpften. (abi)

EU-Freundschaftserklärung abgestürzt

Die einflussreichen europäischen Christdemokraten lassen Schweizer Mitte-Partei hängen.

Es hätte ein Schulterchluss unter Christdemokraten werden sollen: Zusammen mit ihren Parteifreunden von der Europäischen Volkspartei (EVP) wollte die Mitte-Partei festhalten, dass die Schweiz und die EU nach Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen enge Partner bleiben und sich beide Seiten um ein konstruktives Verhältnis bemühen.

Geplant war, am EVP-Kongress in Rotterdam Mitte November eine Resolution zu verabschieden. Initiiert wurde die «Freundschaftserklärung» von Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (BL) zusammen mit dem österreichischen EU-Abgeordneten Lukas Mandl. In Begleitung von Mitte-Präsident Gerhard Pfister wollte Schneider-Schneiter nach Rotterdam reisen und der Verabschiedung der Resolution beiwohnen. Das wird jetzt nichts: Die Resolution wurde von der Tagesordnung gestrichen. Grund sind Differenzen beim Text. «Wir sind uns in

wichtigen Punkten nicht einig geworden», bestätigt Schneider-Schneiter. Mandl habe den Antrag zurückgezogen. Die Resolution werde überarbeitet, um beim Kongress im Frühling einen neuen Anlauf zu nehmen. Von einem Scherbenhaufen will Schneider-Schneiter aber nichts wissen. Es zeige, dass man sich in der Europäischen Volkspartei mehr einbringen müsse.

Zu viele Änderungen im Sinne der EU

Tatsächlich gibt es zwischen dem ersten Entwurf und jener Fassung, wie sie bis Donnerstag noch auf der EVP-Website aufgeschaltet war, grosse Unterschiede. Zum Beispiel hiess es in der Ursprungsversion, dass die bestehenden Abkommen «nur noch teilweise aktualisiert» werden könnten und dass das «ernste Konsequenzen» für die Schweiz und die EU habe. Neu lautet die Formulierung, die Bilateralen würden ohne Rahmenabkommen «zwangsläufig al-

tern und erodieren». Anstatt «pragmatische Lösungen» zu unterstützen, steht neu, dass die EU «robuste und rechtlich zuverlässige Lösungen zum guten Funktionieren des Binnenmarkts» anstreben solle.

Und bei der Forschungszusammenarbeit drängte die Resolution darauf, dass die Schweiz zu Gunsten eines starken europäischen Standorts nicht ausgeschlossen werden dürfe. Jetzt fehlt diese Passage. Stattdessen heisst es, dass die neuen Regeln zur Teilnahme an EU-Programmen auch für die Schweiz «wie für jedes andere Land» gälten. Zuletzt heisst es sogar, dass ohne Abschluss eines Rahmenabkommens als «Vorbereitung für die Weiterführung der Kooperation auf jetzigem Niveau» die Aushandlung eines Freihandelsabkommens ins Auge gefasst werden müsse. Dies wäre ein signifikanter Rückschritt.

Wer die Schraube angezogen und an etlichen Stellen Verschärfungen im Sinne der EU

vorgenommen hat, weiss Schneider-Schneiter nicht. Der Leiter der Schweiz-Delegation im EU-Parlament und CDU-Mitglied Andreas Schwab bestätigt, dass er «ein, zwei Vorschläge für eine geschicktere Formulierung» gemacht habe. Für das Gros der Änderungen sei er aber nicht verantwortlich.

Die EU-Hausmacht nicht überzeugt

Klar ist: Die EVP ist ein mächtiges Beziehungsgeflecht im politischen Europa, dem neben der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel auch Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sowie ihr Vorgänger Jean-Claude Juncker oder der bis vor kurzem für die Schweiz zuständige EU-Kommissar Johannes Hahn angehören. Sie ist quasi die Hausmacht der Vertreter der EU-Institutionen, die ihren Einfluss geltend machen kann. Die Mitte-Partei hat das Nachsehen.

Remo Hess, Brüssel

ANZEIGE

DIE SCHWEIZ ÜBERWINDET COVID-19

angstfreie-schweiz.ch **NEIN AM 28. NOVEMBER**